

Das chinesische Schriftzeichen für „Krise“ bedeutet auch „Chance“. Angesichts der globalen Krise des Finanzsystems, die in einer ebenfalls globalen Wirtschaftsschwäche mündet, ist dies ein wichtiger Hinweis. Es kommt in dem jetzt beginnenden Jahr darauf an, die Chancen zu nutzen, die die Krise bereithält. Vor allem darf die Angstretorik keine weiteren Spiralen ziehen.

Fesseln der Angst

Niklas Luhmann, der Jahrhundertsoziologe aus Bielefeld, hat schon vor mehr als zwanzig Jahren auf den Zusammenhang zwischen dem Aufbau von Angst und der Kommunikation von Angst hingewiesen. „Angstkommunikation ist immer authentische Kommunikation, da man sich selbst bescheinigen kann, Angst zu haben, ohne dass andere das widerlegen können. Das alles macht Angst attraktiv für die öffentliche Kommunikation, denn sie widersteht jeder Kritik der reinen Vernunft. Sie ist das Prinzip, das nicht versagt, wenn alle anderen Prinzipien versagen. Wer Angst hat, ist moralisch im Recht, besonders, wenn er für andere Angst hat. Angst gewinnt so in der Kommunikation eine moralische Existenz.“

In den letzten Wochen konnte man gut beobachten, wie die Statements der Finanz- und Wirtschaftsexperten immer bedrohlicher wurden und eine Gemeinschaft der Ängstlichen konstituierten. Angesichts der vielen Ungewissheiten und Unsicherheiten über die tatsächlichen Folgen der Finanzkrise kann man

nur staunen über die Gewissheit und Sicherheit, mit der diese Experten ihre ökonomischen Voraussagen formulierten. Eigentlich müsste diesen Apokalyptikern klar sein, was der Nestor der amerikanischen Soziologie, William J. Thomas, formulierte: „Wenn die Menschen Situationen als real definieren, dann sind sie in ihren Konsequenzen real.“ Dieses Thomas'sche Theorem ist die Grundlage für die eher optimistische Self-Fulfilling Prophecy wie für ihr Gegenstück, die Self-Destroying Prophecy.

Wenn der neue US-Präsident Barack Obama im Frühjahr seine Antrittsrede halten wird, wird er möglicherweise auf die Inauguralrede eines seiner Vorgänger, Franklin D. Roosevelt, zurückgreifen. Dieser erklärte am 3. April 1933 auf dem Höhepunkt der damaligen Weltwirtschaftskrise: „Lasst mich meiner festen Überzeugung Ausdruck geben, dass wir nur vor einem Angst haben müssen – vor der Angst.“ Roosevelt gelang es, die Fesseln der Angst zu sprengen, Zuversicht zu verbreiten und so seinem Volk zu helfen, den die Urteilskraft lähmenden Zustand der Angst zu überwinden.

Bundeskanzlerin Merkel schien Ähnliches im Sinn zu haben, als sie sich weigerte, dem internationalen Druck auch aus der Europäischen Union nachzugeben, sofort gigantische Konjunkturprogramme aufzulegen. Zu Recht verweist sie auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Die deutsche Wirtschaft ist zum Beispiel durch ihren starken Mittelstand gekennzeichnet. Sie erinnert an die dramatische

Verbilligung der Energiekosten und in ihrer Folge auch der Lebenshaltungskosten. Die deutschen Haushalte erhalten dadurch eine Entlastung von 25 Milliarden Euro. Gegenüber dem Dollar ist der Euro in den letzten Monaten um fast zwanzig Prozent abgewertet worden, sodass Deutschland als Noch-Exportweltmeister seine Produkte in den Dollar-Raum günstiger verkaufen kann. Schließlich ist der deutsche Arbeitsmarkt in einem guten Zustand mit der höchsten Beschäftigung und der geringsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Sicherlich wird es zu höheren Arbeitslosenquoten kommen, aber noch besteht die Hoffnung, dass die deutschen Stammbeschäftigten mit einem blauen Auge davonkommen.

Positive Ansätze

In der Flut der schlechten Meldungen der vergangenen Wochen gab es auch einige gute. Bei allen Regierungen weltweit beschleunigte sich die Erkenntnis, dass angesichts der Krise des Finanzsystems, der Herausforderung von Terrorismus und Klimawandel nationale Alleingänge unzureichend, vielmehr globale Lösungen gefragt sind. Die dreifache Herausforderung zwingt zu globalen Regeln und zu globalen Reformen. Wer hätte noch vor einem halben Jahr gedacht, dass die G8 sich bei ihrem letzten Treffen im Oktober in Washington zur G20 ausdehnen würde? Auch in der Europäischen Union muss die Krise die Gemeinschaft nicht sprengen, sondern könnte ihren Zusammenhalt stärken. Der Euro hat sich als wichtige Klammer bewährt, sodass selbst in London wieder über einen Beitritt zur Eurozone nachgedacht wird. Und die Finanzkrise, die Irland besonders stark gebeutelt hat, könnte dank der Vorschläge des ehemaligen EU-Ratspräsidenten Sarkozy dazu führen, den EU-Vertrag von Lissabon doch noch zu ratifizieren. Die Iren scheinen aus der Krise lernen zu wollen.

Den europäischen Rufen nach gigantischen Konjunkturprogrammen steht der Hinweis auf unterschiedliche Rahmenbedingungen gegenüber: Die deutsche Wirtschaft kennzeichnet ihr starker Mittelstand.

© picture-alliance/ZB, Foto: Patrick Pleul



Aber auch anderweitig gibt es Ansatzpunkte zur Intensivierung der Zusammenarbeit. Mitte Dezember haben sich im südjapanischen Fukuoka die Ministerpräsidenten Chinas und Japans mit dem südkoreanischen Präsidenten getroffen, um Wege aus der Krise zu debattieren. Die drei Länder, die 75 Prozent der Wirtschaftsleistung der gesamten Region erbringen, wollen ihre Handels- und Wirtschaftskontakte sowie die Finanzkooperation verstärken und sich gegenseitig Devisenkredite bei Währungsturbulenzen gewähren. Bei den historischen Belastungen, die jedes dieser Länder mit den jeweils anderen verbindet, ist dies ein enormer Fortschritt, zumal dieses trilaterale Treffen institutionalisiert wurde.

Dies alles sind Hinweise darauf, dass die Krise eine große aktuelle Gestaltungschance für die Politik anzubieten hat, die die handelnden Regierungen in aller Welt nutzen müssen, damit einer möglichen nächsten Krise der Finanzmärkte der Boden entzogen wird.